



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 30.07.2012
Az.:

38. Sitzung des Kreisausschusses am 09.07.2012

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Kellermann, Otto

Lackner, Helmut

Meister, Michaela

Scharf, Ulrike

Schmidt, Horst

Schwimmer, Jakob

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Fischer Heinz

Stadick Peter zu TOP 10

Helfer Helmut zu TOP 11 bis 14

Schmittner Josef zu TOP 11 bis 14

Thomas Wolfgang zu TOP 12

Becker Birgit zu TOP 13

Fischer-Gudehus Simone zu TOP 12 bis 14

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina

i.V.v. Huber Martin



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Herr Rindsfüßer, SAGS-Insitut zu TOP 10

Herr Vögele, Geschäftsführer Fischer´s Wohltätigkeitsstiftung zu TOP 11

Tagesordnung

II. Öffentlicher Teil:

10. Vorstellung Sozialraumanalyse
Vorlage: 2012/1097
11. Haushaltswesen
Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung; Fischer`s Seniorenzentrum Erding,
Teilbereich Heimbetrieb Wirtschaftsplan 2012
Vorlage: 2012/1075
12. Regional- und Landesplanung
Landesentwicklungsprogramm; Neuauflage; neue Region
Vorlage: 2012/1089
13. Regionalmarketing
Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Airfolgsregion Erding Freising
Vorlage: 2012/1070
14. Schulsozialarbeit
Sozialarbeit an Schulen; Verteilung der Mittel aus dem Bildungs-
und Teilhabepaket
Vorlage: 2012/1088
15. Neubesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit
16. Bekanntgaben und Anfrage

II. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 09.07.2012



LANDKREIS
ERDING

10. Vorstellung Sozialraumanalyse Vorlage: 2012/1097

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Rindsfüßer von der Firma SAGS, die die Sozialraumanalyse durchgeführt hat. Er hat diese Sozialraumanalyse in Auftrag gegeben, damit der Landkreis Erding eine Leistungsbeschreibung über die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen und den sozialräumlichen Belastungsfaktoren bekommt. Die Analyse soll als Entscheidungshilfe für die Fachleute in der Kinder- und Jugend- sowie der Sozialhilfe dienen und eine Information für die Mandatsträger und Politiker im Landkreis darstellen. Entscheidend für den Landkreis ist, seine Ressourcen effektiv einzusetzen und präventiv tätig zu werden. Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe werden so frühzeitig erkannt. Eine Sozialraumanalyse soll auch Bestandteil des Kinder- und Jugendhilfeplanes sein. Mit einer der Gründe für die Bewerbung zur Optionskommune war die Beauftragung einer solchen Sozialraumanalyse. Damit wäre der Landkreis noch besser gerüstet gewesen, falls er den Zuschlag für eine solche Optionskommune erhalten hätte. Die Sozialraumanalyse wird auch ins Internet eingestellt, so dass sie jederzeit abgerufen werden kann.

Herr Rindsfüßer erklärt, dass das SAGS- Institut seit vielen Jahren sozialplanerisch tätig ist. Die Zielsetzung der Sozialraumanalyse basiert auf dem Grundgesetzartikel zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Zudem soll die Sozialraumanalyse einen Zusammenhang herstellen zwischen objektiven Rahmenstrukturen sozialräumlicher Art und individuellen Handlungs- und Verhaltensweisen, verdichteten Problemlagen. Belastungen werden durch dieses Vorgehen analysiert. In jedem Landkreis gibt es Unterschiede, die z. B. historisch, sozioökonomisch oder geographisch bedingt sind. Es sollen zum einen soziale Brennpunkte aufgedeckt und über mehrere Jahre hinweg dem präventiven Gedanken etwas näher gekommen werden, Entwicklungen möglichst früh abzubilden und darauf reagieren zu können. Alle Analysen sind so angedacht, dass keine eindeutige Hypothese Ursache –Wirkung dahintersteht. Anhand einer Präsentation schildert er die wesentlichen Inhalte der Sozialraumanalyse.

Kreisrat Treffler fragt, wie sich der auf Folie 30 genannte Jugendhilfeindex zusammensetzt.

Herr Rindsfüßer erklärt, dass sich der Gesamtindex im Verhältnis von 60% aus dem Jugendhilfeindex und 40% sozialräumlichen Index zusammensetzt. Die Teilindizes wurden bewusst aus der Diskussion mit Fachgremien und Jugendämtern nicht gleich bewertet. Für jeden Indikator wird der Verhältniswert zu Bayern bewertet. Die Indikatoren gehen dann mit einer gewissen prozentualen Gewichtung in die Teilindizes ein.

Kreisrat Els hält die Arbeit für sehr informativ. Es wird aber eine Zeit dauern, bis alles durchgelesen ist.

Kreisrat Gotz stellt sich die Frage, wie solche Ergebnisse eingeordnet werden und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Er fragt, wel-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

che Vergleichbarkeit vorliegt. Die kommunale Familie wird mit Aufgaben konfrontiert und muss immer mehr ohne Finanzmittelausstattung in freiwillige Leistungen einsteigen. Es kristallisiert sich heraus, dass sich in der Familiensituation etwas ändert.

Herr Rindsfüßer antwortet, dass bei diesen Werten immer auf die öffentlichen bayerischen Werte zurückgegriffen wurde. In anderen Analysezusammenhängen wurden auch deutsche und überregionale Werte berücksichtigt. Grundsätzlich kann ein Großteil der sozialräumlichen Daten jederzeit auch für ganz Bayern gezogen werden.

Kreisrat Gotz fragt nach, ob Landkreise wie Dachau oder andere Landkreise im Großraum München, die mit Erding vergleichbar sind, ähnliche Strukturen aufweisen. Das ist wichtig für die Einschätzung der Analyse und zeigt, wo nachgebessert werden muss.

Herr Rindsfüßer sagt, dass eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Verfügbar ist aber eine Folie zur Ausgangssituation auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes. Im Rahmen der Jugendhilfeberichterstattung Bayern gibt es eine sogenannte Clusterierung, mit Hilfe derer eine Vergleichbarkeit der Landkreise erleichtert wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine unmittelbaren Vergleiche zu Nachbarlandkreisen gezogen werden können. Das wird zur Kenntnis genommen. Für die interne Arbeit ist die Analyse durchaus produktiv.

Kreisrat Wiesmaier hält die Vergleichbarkeit für den einzigen positiven Nutzen aus der Sozialraumanalyse. Nur dort, wo mehr oder weniger erfolgreich mit den gleichen Bedingungen umgegangen wird, können auch Konsequenzen gezogen werden. Die Analyse zeigt, dass es familienpolitische Konsequenzen geben muss. Es stellt sich die Frage, ob die Problemfälle im Nachgang oder aber in der Prävention behandelt werden müssen. Gerade in den kleineren Strukturen gibt es noch intakte Familien, die ihren Auftrag auch wahrnehmen können.

Herr Rindsfüßer stellt fest, dass die Sozialraumanalyse eine empirische Grundlage dafür liefert, wo die Jugendhilfe starten soll. Als Analyseinstrument liegt der Schwerpunkt darin, vom Landkreis auf die Gemeinden herunterzubrechen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass diese Arbeitsgrundlage für das Gremium komplett überflüssig ist. Es handelt sich lediglich um eine Information. Die Entscheidung, wo die Schwerpunkte in der Jugendarbeit gesetzt werden, wird nicht im Kreisausschuss getroffen, sondern im Alltagsbetrieb. Sonst entsteht ein falscher Eindruck. Das gemeindeweise Herunterbrechen hat in der Jugendhilfe durchaus Vorteile, weil in der Prävention in Abstimmung mit den Gemeinden eine andere Schwerpunktsetzung vorgenommen werden kann.

Kreisrat Sterr merkt an, dass die Sozialraumanalyse letztlich eine Sammlung von Daten und Fakten ist, die die Politik und die Fachleute interpretieren müssen. Er fragt, ob es konkrete Handlungsempfehlungen gibt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende betont, dass das auch die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses zur Fortschreibung des Jugendhilfeplans ist. SAGS bietet dafür nicht die Instrumentarien.

Kreisrat Schmidt hält es für die Arbeit des Kreisausschusses wichtig, die Sozialraumanalyse zur Kenntnis zu nehmen. Diese ist ein wesentlicher Bestandteil für die Jugendhilfeplanung. Spätestens bei der Aufstellung des Haushaltes werden die Auswirkungen auch zu sehen sein. Bestimmte Bedingungen müssen in den Kommunen zur Kenntnis genommen werden, auf die im Einzelnen reagiert werden kann.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen: **Der Vorsitzende** formuliert daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0236-14

Die Vorstellung der Sozialraumanalyse wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

11. Haushaltswesen

Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung; Fischer`s Seniorenzentrum Erding, Teilbereich Heimbetrieb Wirtschaftsplan 2012

Vorlage: 2012/1075

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, Herrn Vögele und bittet ihn um eine kurze Erläuterung.

Herr Vögele erklärt, dass der Wirtschaftsplan 2012 mit Erlösen von annähernd 6,5 Mio. € endet. Die Personalkosten liegen bei etwa 5 Mio. €, der Jahresfehlbetrag bei etwa 250.000 €. Das Ergebnis resultiert daraus, dass die Pflegekassen im letzten Jahr eine Erhöhung des Leistungsentgeltes mit dem Argument „Leere Kassen“ verweigert haben. Die Personalkosten orientieren sich am TVÖD und an den vom Gesetzgeber vorgelegten Quoten. Bei einer Auslastung von über 98,5% (175 Mitarbeiter und 123 Personen in Betreuung) wird dieses Ergebnis erzielt werden. Eine Belastung der Stiftung ist im Wesentlichen aber nicht nötig. Nach der nun erfolgten Lohn-erhöhung müssen 5% höhere Mehrkosten angemeldet werden, weil ein solches Ergebnis natürlich nicht dauerhaft finanziell getragen werden kann. Erfreulich ist, dass die neuen Bereiche wie der ambulante Dienst und die Tagespflege positiv zum Ergebnis beitragen und in den nächsten Jahren zum Ausgleich dieser Bereiche heranziehbar sein werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der für den Landkreis relevante Bereich Fischer`s Seniorenzentrum mit einem Minus von rund 250.000 € abschließt. Dieser Betrag betrifft aber nur den Heimbetrieb, für den allein Abschreibungen in der Größenordnung von 350.000 € zu Buche schlagen. Diese Abschreibungen müssen mit der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung verrechnet werden. Die reine Kalkulation Heimbetrieb würde anders aussehen, wenn man nicht auch das Gebäude mit bewertet. Wenn man die Gesamtheit der Einrichtungen der Stiftung für Senioren betrachtet, ist das

Ergebnis ausgeglichen. Der Landkreis kann nur dann in Haftung genommen werden, wenn die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung das Defizit nicht mehr leisten könnte.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0237-14

Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan) und der Stellenplan des Fischer's Seniorenzentrums Erding (Teilbereich Heimbetrieb) für das Jahr 2012 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

12. Regional- und Landesplanung Landesentwicklungsprogramm; Neuauflage; neue Region Vorlage: 2012/1089

Der Vorsitzende erklärt, dass zu diesem Thema bereits ein Empfehlungsbeschluss im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt gefasst wurde. Es soll eine neue Region gebildet werden. Entscheidend ist für ihn, dass dies ein Stück weit Eigenständigkeit bedeutet und von der Fremdbestimmung und Hörigkeit zu München abgekommen wird. Die Landeshauptstadt wird alles unternehmen, um diese Abspaltung zu verhindern. Unabhängig von einer 3. Startbahn will sie weiterhin ihren regionalplanerischen Einfluss geltend machen. Entscheidungen wie die Ausweisung von Vorranggebieten sind mit Partnern auf Augenhöhe wesentlich besser darzustellen. Das Flughafengelände liegt nicht auf Münchner Gebiet. Es ist sinnvoll, aufgrund der naturräumlichen Zusammenhänge, der sozioökonomischen Bindungen, der Infrastrukturprojekte sich mit einem neuen Regionszuschnitt anzufreunden. Es ist noch nicht endgültig vorherzusagen, wer letztendlich teilnehmen wird. Der Kern sollte aus kreisfreier Stadt und Landkreis Landshut, Landkreis Mühldorf und Landkreis Erding bestehen. Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit, dass Freising und Ebersberg und weitere Landkreise trotzdem noch ihr Interesse bekunden.

Kreisrat Wiesmaier unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden. Vor kurzem trat die Gesellschafterversammlung zusammen. Die Landeshauptstadt München hat aufgrund der Beschlusslage gegen die 3. Startbahn als erstes beantragt, den Umlandfonds aufzulösen. Es wurde immer betont, dass der Umlandfonds unabhängig von der 3. Startbahn notwendig ist um die Erschließungsdefizite der Vergangenheit auszugleichen. Die Landeshauptstadt München befindet sich mit dem Landkreis Erding in einer Region und brüstet sich damit, für diese Region zuständig zu sein. In dieser Konstellation kann der Landkreis Erding seine Nöte und Befindlichkeiten nicht umsetzen. Das Befinden ist in dieser Region ganz anders. Alle Defizite bei Entsorgung und Verkehr in München werden auf die Region abgelagert. Wenn jetzt wieder klein bei gegeben wird, ist erneut ein Zug verpasst.

Kreisrat Els ist ebenfalls der Meinung, dass sich der Landkreis Erding von München lösen muss. Die Landeshauptstadt betrachtet die ganze



**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Region nur dann, wenn es zu ihrem Vorteil ist. Es stellt sich aber auch die Frage, ob dafür eine neue Region konstruiert werden muss, oder aber München aus der Planungsregion zu entfernen ist. Bei der Planung der neuen Region fehlen ihm die Nachbarlandkreise Ebersberg und Freising. Landkreise wie Rottal oder Altötting stehen weniger im Kontakt mit dem Landkreis. Das Konzept erscheint ihm nicht ganz stimmig. Es muss ein Zeichen gesetzt werden, damit nicht alles von Landeshauptstadt München oktroyiert wird. In den jetzigen Zusammenschnitten ist das aber der Fall.

Der Vorsitzende betont, dass der Landkreis und die Landeshauptstadt München dem Vorhaben sehr skeptisch gegenüber stehen, weil sie dann die Einflussnahme in der Fläche verlieren. Dem Landkreis Erding sind zwei große Funktionen zugeordnet. Es geht um das Verkehrsdrehkreuz Luft und die Ausgleichsfunktion für den großen Verdichtungsraum München. Es kommt dabei zu absurden landesplanerischen Beurteilungen. Die B15 gilt in Niederbayern und der Oberpfalz als Entwicklungsachse. Siedlungspolitisch erfüllt sie dort eine wichtige Funktion. In der Gesamtregion 14 hat die B15 aber keine entsprechende Bedeutung. Der komplette Bereich wurde abgestuft zu „ländlicher Teilraum im Umfeld des großen Verdichtungsraumes Landeshauptstadt München“. Wenn der Landkreis Erding mit dieser Funktion zufrieden ist, sollte er auch weiterhin in dieser Region verbleiben. Wenn etwas anderes gewünscht wird, sollte ein neuer Zuschnitt überdacht werden. Landrat Schwaiger aus Freising hat zunächst Sympathien für eine neue Region bekundet, die Bürgermeister haben allerdings mehrheitlich für das Verbleiben in der Planungsregion 14 gestimmt. Der Ebersberger Landrat hat sich aufgrund der unmittelbaren Nähe großer Teile seines Landkreises zum Landkreis München gegen eine neue Region ausgesprochen. Eine Konstellation ohne Landeshauptstadt und Landkreis München wird schwer möglich sein, weil dann ein Teil aus der Mitte entfernt wird. Natürlich hat der Landkreis keine unmittelbare Affinität zu Dingolfing-Landau und Rottal-Inn es gibt aber genauso wenig Gemeinsamkeiten mit den Landkreisen Landsberg am Lech und Starnberg. Eine Verschlechterung unter naturräumlichem Zusammenhang gibt es nicht. Die gemeinsamen Infrastrukturprojekte mit Bahn und Autobahn schaffen aber auch eine Verbindung nach Altötting bzw. Rottal- Inn.

Kreisrat Schmidt teilt die Einschätzung nicht. Der Landkreis ist sehr eng mit der Region München verbunden und muss dies auch planerisch bleiben. Die Landkreisgrenzen mit Freising, Ebersberg und München zeigen die starken Beziehungen, die auch nicht ohne Not aufs Spiel gesetzt werden sollen. Die Bevölkerung orientiert sich stark in den Münchner Bereich, die in einer solchen Planungsregion bestehenden Möglichkeiten sollten auch genutzt werden. Unbestreitbar ist der große Einfluss der Landeshauptstadt München. Im inneren Konstrukt der Planungsregion muss darüber geredet werden, wie die Interessenslagen von kleineren Partnern besser berücksichtigt werden können. Der Landkreis sollte eher Mitglied in der Metropolregion werden. Die Beziehungen zu Mühldorf und den anderen Landkreisen sind auch nicht so stark. Es gibt zudem die Schwierigkeit, dass die neue Region über die Bezirksgrenzen nach Niederbayern hinausgeht. Besser wäre es gewesen, wenn Vertreter der Planungsregion und der Geschäftsführer der Planungsregion auch einmal in den Kreis Ausschuss eingeladen worden wären. Es schien, dass dieser Schritt zum

Teil auch politisch begründet ist. Der Stadt München ist bewusst, dass sie wichtige Verbindungen in die Landkreise hat.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Stieglmeier hält es für einen großen Fehler, aus der Planungsregion 14 auszusteigen. Sie weiß nicht, was es ändern würde, wenn der Landkreis Erding in einer neuen Planungsregion wäre. Der Umlandfonds war immer an die 3. Startbahn gebunden, das wurde von der FMG so festgelegt. Die anderen Landkreise um München herum haben ähnliche Probleme wie den übermäßigen Siedlungsdruck. Es wäre wesentlich sinnvoller, gemeinsam die Probleme in der Region anzugehen. Die Region Mühlendorf wird im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum eher schrumpfen. Die Problematik in den Landkreisen ist daher völlig unterschiedlich. Sie plädiert dafür, innerhalb der Region eine andere Gewichtung herbeizuführen. Wenn das nicht möglich ist, sollte wie nach Vorschlag von Kreisrat Els geprüft werden, ob München nicht eine Sonderposition bekommt und sich die umliegenden Landkreise zu einer Planungsregion zusammenfinden.

Der Vorsitzende wundert sich, dass Kreisrätin Stieglmeier die Wachstumsideologie so forciert. Offensichtlich hat sie sich mit dem Wachstumspart, den der Landkreis in den Augen der Landeshauptstadt München übernehmen soll, abgefunden. Es kann keine Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Landeshauptstadt München Teil der Planungsregion bleibt oder nicht. In deren Augen soll die Planungsregion so verbleiben wie sie ist. Es stellt sich die Frage nach dem zentralen Planungsanteil, wenn es keine Mehrheit gibt. Das Einwohnerpotenzial wird dem der Landeshauptstadt München nicht entgegengesetzt werden können. Die Landeshauptstadt und der Landkreis haben immer eine Mehrheit. Sie haben aufgrund ihres Zusammenhangs logischerweise identische Anliegen. Der MVV-Tarif wird oft als Argument gebracht. Landsberg am Lech ist aber immer noch nicht im MVV obwohl überlegt wird, Landshut anzubinden. Daher hat es wohl kaum einen Vorteil, Mitglied der Planungsregion zu sein. Die Fremdbestimmung zeigt sich auch darin, dass die Landeshauptstadt München mit darüber abstimmt, ob es für den Landkreis Erding gut ist, Mittel aus dem Umlandfonds bereit zu stellen. Er hat ein anderes Verständnis von kollegialer Zusammenarbeit.

Kreisrätin Meister sieht es ebenfalls als nicht gut an, die Planungsregion zu verlassen. Die Vorlage zeigt auch die Verflechtungen in die Nachbarlandkreise. Die Hauptverflechtungen gehen aber eindeutig in Richtung München. Von 30.000 Auspendlern gehen über 11.000 in die Landeshauptstadt München. Zudem gehen 4.500 Pendler Richtung Landkreis München und 6000 Pendler Richtung Freising. Aus dem Planungsverband heraus gehen deutlich weniger Pendlerströme. Zudem ist das Krankenhaus trotz der neugeschaffenen Verbindung immer noch Lehrkrankenhaus des Klinikums rechts der Isar in München.

Der Vorsitzende merkt an, dass aus Landshut kaum weniger Menschen nach München pendeln als aus Erding. Es stellt sich die Frage, welchen konkreten Vorteil die Bürger momentan davon haben, in der Region München zu sein. Von der Verbindung mit dem Landshuter Krankenhaus St. Marien und der Einführung der Telemedizin haben die Bürger sehr wohl einen Vorteil. Wenn es um Infrastrukturmaßnahmen geht, sollte der Landkreis ein Mitspracherecht haben bei der Weiterentwicklung der B15neu und



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

dem Ausbau der Magistrale Paris-Budapest. Davon war in München nie die Rede. Auch ging es nie darum, auf die Belange vor Ort Rücksicht zu nehmen, wenn es um die 3. Startbahn ging.

Kreisrat Kellermann ist der Meinung, dass der Landkreis Erding der Stadt München keinen Krieg erklären sollte. Es wird auch kein Zwist bei Gründung der neuen Planungsregion Erding- Mühldorf entstehen. Seit vielen Jahren fordert die Gründung einer Kinderabteilung am Kreiskrankenhaus Erding. Er fragt, ob dieses Vorhaben ganz aufgegeben wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass dazu mehrfach Anläufe unternommen wurden. Eine reine Kinderabteilung in komplettem Spektrum ist aber zu aufwändig und in dieser Größenordnung nicht zu stemmen. Dafür gäbe es auch weder Genehmigung noch Genossenerstattung durch die Kassen. Stück für Stück können Verbesserungen erreicht werden. Mit der Telemedizin können vor Ort Untersuchungen durchgeführt werden. Die Spezialisten in Landshut können mit 24-stündiger Rufbereitschaft im Kinderkrankenhaus erreicht werden. Wenn Unsicherheiten bestehen werden die Kinder nach Landshut verlegt. Dazu gibt es zum Beispiel Fahrdienste oder ein voreingestelltes Navi für die Eltern.

Kreisrat Sterr betont, dass es nicht darum geht, die Beziehungen zu München abzubrechen. Ein Ausgangspunkt war entgegen des Beschlusses des Ministerrats, dass die Landes- und Regionalplanung überprüft werden soll. In vielen Ausschusssitzungen haben Kreisrat Gotz und er die Argumente des Landkreises Erding vorgebracht. Bisher ist die Landeshauptstadt München sehr dominant mit den Partnern im Umland umgegangen. Alle Landkreise waren zunächst der Meinung, dass ein besserer Dialog möglich sein müsste. Das war aber bisher nicht spürbar. Wenn die Landeshauptstadt München bisher ein Problem hatte, dann wurde das auch durchgesetzt. Die Region muss neu überdacht werden. Die Landkreise Mühldorf, Landshut und Erding passen von der Infrastruktur wesentlich besser zusammen als mit Landsberg oder Starnberg. Es gilt, eine Region zusammenzustellen, die auch zusammenpasst. Die Thematik wurde in den letzten Wochen und Monaten schon häufiger diskutiert. Es gibt niemanden in der Planungsregion, der nicht weiß, was Erding diesbezüglich denkt.

Kreisrat Gotz berichtet, dass er seit 10 Jahren den Landkreis und auch die Stadt Erding in den Gremien der großen Planungsverbände vertritt. Die Diskussion über Pendlerzahlen ist grundsätzlich falsch, die beruflichen Verflechtungen wirken sich nicht aus. Aus den Planungsverbänden müssen Stellungnahmen zu den Infrastrukturprojekten der Region kommen. Wenn der Verbleib in der Region 14 für so wichtig gehalten wird, kann nicht ignoriert werden, dass der Landkreis Erding in entscheidenden Fragen bezüglich des Flughafens allein gelassen wurde. Auch in der Debatte um den Flughafen Oberpfaffenhofen wurde in München entschieden, dass dieser nicht ausgeweitet wird. Er hat dem für die Menschen im Erdinger Moos entgegen gehalten, dass mit den aktuell 14.000 Flugbewegungen pro Jahr nicht so leichtfertig umgegangen wird. Durch die Kleinflieger gibt es auch plötzliche Betroffenheiten, die bisher nicht vorhanden waren. Die Stadtbaurätin Frau Prof. Thalgotz hat betont, dass der Landkreis Erding nicht nur Verkehrsdrehscheibe sondern auch für die Schaffung von billi-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

gem Wohnbereich verantwortlich sein soll. Das Gewerbe soll aber weiterhin im Stadtbereich München bleiben. Es muss auch die Balance bei der Gewerbeansiedlung gehalten werden, die für die Vitalität der Haushalte unersetzlich ist. Die Stadt Erding wurde bei der Regierung von Oberbayern für vier verkaufsoffene Sonntage angezeigt. Die Ansiedelung des XXXLutz wurde über alle Grenzen des LEPs genehmigt während eine Genehmigung im Landkreis Erding mit Geschäftsgrößen über 50 m² versagt wird. Entscheidend sind nicht die Verbindungen, sondern die Aussagen des Verbandes zu Verkehrsthemen. Zur Regionalanbindung gibt es kein positives Wort aus München. Der Druck kommt aus Altötting und Mühldorf. Der Landkreis Erding muss einen Vorteil für sich herausarbeiten. Der Landkreis Mühldorf ist deshalb in der Metropolregion, weil er nicht unbedingt die Anbindung an die Landeshauptstadt sondern an den Flughafen benötigt. Bei einer besseren Anbindung sinkt auch der Bevölkerungsdruck aus diesem Bereich. Die Stadt Dorfen hat bisher nicht eine positive Stellungnahme für die dringend nötige Umfahrung erhalten. Zum ersten Mal geht die Landeshauptstadt München bezüglich der Wohnungsbauproblematik jetzt auf die Region zu. Er ist nicht traurig, dass Freising der neuen Region wohl nicht beitrifft. Die Zusammenarbeit in der Airfolgsregion ist auch alles andere als partnerschaftlich verlaufen. Die Zusammenarbeit über Regierungsbezirke hinweg spricht doch eher für die neue Region.

Kreisrat Schwimmer sagt, dass die Diskussion über Arbeitsplätze im Planungsverband nicht zielführend ist. Wenn über Jahre keine Wohnbaugebiete ausgewiesen werden bekommt die Landeshauptstadt zu Recht ein Problem. Die B15neu endet erstaunlicherweise an dem vorläufigen Verlauf der A 94. Die neue Planungsregion ist sicher gut und brauchbar. In der Gemeinde St. Wolfgang pendeln derzeit knapp 1000 Menschen ein und 1500 aus. Davon fahren mit Sicherheit 600 nach München aber auch 900 in andere Bereiche. Das ist aber nicht Gegenstand einer Planungsregion. In den Regionen müssen entsprechend Arbeitsplätze angeboten werden. In der Planung müssen gegenläufige Richtungen ausgemacht werden.

Kreisrätin Stieglmeier hält die Verflechtungen und die Pendlerströme ebenfalls nicht für relevant. Es geht nicht um das unbegrenzte Wachstum sondern darum, zu sehen, wo das Wachstum statt findet. Die Herausforderung ist, das Wachstum zu gestalten. Es muss für die Region erträglich bleiben. Deshalb sollte der Landkreis Erding in der Planungsregion 14 verbleiben, da es sich um eine wachsende Region handelt. Im Hinblick auf den momentanen Siedlungsdruck in München muss die Landeshauptstadt in den nächsten Jahren sehr auf die Regionalpartner zugehen und kann nicht langfristig so mit ihren Partnern umgehen.

Kreisrat Treffler geht davon aus, dass an der Situation nichts zu ändern ist. Der Landkreis Erding ist einem zunehmenden Bevölkerungszug ausgesetzt. Die Preise für Immobilien und Baugrundstücke steigen ins Unermessliche. Daraus entsteht ein Zwang zur Ausweisung von Baugebieten und dem damit verbundenen Wachstum. Es geht um die Eigenständigkeit der Entscheidung, wie das Wirtschaftswachstum verläuft. Die Landesentwicklung wirkt bremsend bei der Ausweisung von Einzelhandelsgeschäften. Er hat den Eindruck, dass die Größenordnung der Ge-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

schäfte immer ausreichend groß war. Seiner Ansicht nach stand der Ansiedelung eines Handwerksbetriebes nie etwas im Wege. Viele derer, die jetzt mehr Eigenständigkeit fordern haben den Wachstumsgedanken. In der Zukunft muss es aber gelingen, Verkehrsströme nach unten zu fahren.

Der Vorsitzende hält es für entscheidend, dass die Arbeitsplätze vor Ort sind. Die Planungsregion soll ernst genommen werden und in der Lage sein, etwas zu entwickeln. Dazu müssen aber planerisch auch die Möglichkeiten vorhanden sein. Die Ausweisung von Gewerbegebieten muss möglich sein. Der Landkreis Mühldorf sollte auch möglichst verkehrsgünstig angebunden werden. Sonst müssen die Leute in die Nähe ihres Arbeitsplatzes ziehen.

Kreisrat Schmidt stellt fest, dass es in alle Bereiche unterschiedlichste Verflechtungen gibt. Es gilt, sich davon zu lösen, Regionalentwicklung ohne die bestehenden Großräume betreiben zu wollen. Die Region München wird sich in jedem Fall weiterentwickeln. Er hält es nicht für den richtigen Ansatz für die Gesamtregion, sich in eher ländliche Regionen zu bewegen. Er lehnt den Vorschlag ab, wenn nicht Freising, Ebersberg und München-Land hinzugezogen werden. Eine Entwicklung der Region Erding im Bereich Infrastruktur und Gewerbe ohne Berücksichtigung dessen, was in München passiert ist seines Erachtens zu kurz gesprungen. Es muss gesehen werden, wo Planungsstrukturen in Zusammenhang mit der Landeshauptstadt München und den angrenzenden Landkreisen geschaffen werden können.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0238-14

Dem Kreistag wird folgender Beschlussvorschlag empfohlen:

„Aufgrund der bestehenden Verflechtungen und der anzustrebenden Entwicklung soll der Landkreis Erding eine gemeinsame Planungsregion mit den Landkreisen Mühldorf und Landshut (inkl. kreisfreie Stadt Landshut) bilden. Nicht ausgeschlossen ist die Erweiterung um weitere Landkreise (z.B. Altötting, Dingolfing-Landau, Ebersberg, Freising, Rottal-Inn). Diese Neuordnung soll im Zuge der Neuauflage des Landesentwicklungsprogrammes Bayern beim Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zunächst von den Landkreisen Erding, Mühldorf, Landshut und der Stadt Landshut beantragt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam, insbesondere mit der Verwaltung des Landratsamtes Mühldorf, den entsprechenden Antrag inkl. Begründung vorzubereiten. Dabei sollen die im Vorlagebericht genannten Kriterien, die für eine neue Planungsregion sprechen, mit einfließen. Der Landrat wird ermächtigt, diesen Antrag gemeinsam mit den Landräten von Mühldorf und Landshut sowie dem Oberbürgermeister von Landshut beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu stellen.“



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 4 Stimmen**
(Gegenstimme: KR Schmidt, KRin Meister, KRin Stieglmeier, KR Treffler)

**13. Regionalmarketing;
Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Airfolgsregion Erding Freising
Vorlage: 2012/1070**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Thematik bereits durch die Gremien geht. Auch in der Stadt Erding wurde bereits eine entsprechende Beschlusslage erzielt.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0239-14

Es wird folgender Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst:

1. Dem Beschluss des Lenkungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft Regionalmarketing der Nachbarregion Flughafen München – Erding - Freising folgend, ist die Zusammenarbeit in der Rechtsform einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum 31.12.2012 zu beenden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, wie vom Lenkungsausschuss gewünscht, die hierzu notwendigen Schritte zu ergreifen und die damit in Zusammenhang stehenden Rechtsgeschäfte (Kündigung bzw. Auflösung bestehender Verträge usw.) vorzunehmen.
3. Zur Finanzierung der genannten Maßnahmen sind primär die noch nicht verbrauchten Mittel der Arbeitsgemeinschaft zu verwenden. Nicht verbrauchte Gelder sind den Beteiligten der Arbeitsgemeinschaft im Verhältnis des in § 9 Absatz 1 der Vereinbarung vom 27.06.2005 enthaltenen Schlüssels zu erstatten. Ein evtl. noch bestehender Bedarf wird im selben Verhältnis ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

**14. Schulsozialarbeit
Sozialarbeit an Schulen; Verteilung der Mittel aus dem Bildungs-
und Teilhabepaket
Vorlage: 2012/1088**

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag der CSU-Fraktion vom 06.02.2012, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. In Kooperation mit den Schulen wurde bereits versucht, die Sachlage zu klären um die Auszahlung der Mittel bereits durchführen zu können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er verliest den Beschlussvorschlag:

Damit den Schulen gemäß Beschluss des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 19.03.2012 die entsprechenden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch im laufenden Schuljahr zur Verfügung gestellt werden können, wird die überplanmäßige Finanzierung aus Mitteln der allgemeinen Deckungsreserve genehmigt.

Kreisrat Schmidt stellt fest, dass es sich um extra Mittel handelt, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Dabei handelt es sich um Mittel, die Familien aus dem SGB II – Bereich unterstützen sollen und gesondert für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Er geht davon aus, dass ein Großteil der Aufgaben die Beratung der Familien und Eltern ist, die zu diesem Bereich gehören. Gleichzeitig ist aber die Schulsozialarbeit allen Schülern zugänglich.

Der Vorsitzende betont, dass keine Mittel gekürzt oder einfach in den Haushalt integriert wurden, wie bei anderen Landkreisen. Es handelt sich um eine Unterstützung ohne konkret neue Projekte zu initiieren. Es muss nur ein Verwendungsnachweis erbracht werden. Die Bundesmittel werden zum einen für die Jugendsozialarbeit an Schulen und die Hortverpflegung eingesetzt. Für die Auszahlung wird allerdings die Mittelbewilligung aus der allgemeinen Deckungsreserve benötigt.

Kreisrat Gotz betont, dass die eigentliche soziale Arbeit gesichert werden muss. Es darf keine Beratungstätigkeit durchgeführt werden, für Bereiche in denen der Landkreis nicht tätig werden darf.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Mittel bereits für dieses Jahr ausbezahlt werden sollen. Die Projekte und Konzepte sollen auch in Abstimmung mit dem Jugendamt erfolgen.

Kreisrätin Meister fragt, ob die Zuschüsse aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Klassenfahrten etc. trotzdem noch weiter beantragt werden können.

Frau Fischer-Gudehus erklärt, dass der Satz für 3 Jahre erhöht wurde. Die Mittagsverpflegung und die Schulsozialarbeit sind zusätzliche Leistungen.

Kreisrat Wiesmaier stellt fest, dass es keine politische Diskussion über die Verwendung der Mittel gibt. Es geht klar nach den Vorgaben der Schulsozialarbeit.

Der Vorsitzende ergänzt, dass alle Anbieter von Jugendsozialarbeit an Schulen einen Anteil erhalten. Es ergeben sich keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0239-14

Damit den Schulen gemäß Beschluss des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 19.03.2012 die entsprechenden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket noch im laufenden Schuljahr zur Verfügung gestellt werden

können, wird die überplanmäßige Finanzierung aus Mitteln der allgemeinen Deckungsreserve genehmigt.



Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

15. Neubesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit

Der Vorsitzende erklärt, dass für vier Landkreise 3 Vertreter bestimmt werden sollen. Nachdem der Landkreis Erding maximal einen Vorschlag machen kann, sollte dieser auch entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag abgebildet werden. Deshalb sollte der Vorschlag an die CSU-Fraktion weitergegeben werden.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung:

KA/0240-14

Der Vorschlag für die Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit in Freising wird von der CSU-Fraktion vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

16. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreisausschusses um 18:10 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte